

„Der Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen“

Ergebnisbericht zur Kurzbefragung

Impressum

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, Oktober 2022

Autor*innen.

Julian Bollhöfner
Lisa Pfeifer
Jan Sassmannshausen
Mona Schäfer
Talisa Schwall
Dr. Sebastian Winter

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

1 Einführung

Der russische Krieg gegen die Ukraine hat direkte Folgen weit über die Grenzen dieses Landes hinaus. Auch in Deutschland stellen sich neue innenpolitische Herausforderungen, u. a. mit Blick auf Fluchtbewegungen, polarisierte und ressentimentgeladene Debatten, verschwörungsideologische Narrative bis hin zu entsprechenden Übergriffen.

Partnerschaften für Demokratie (PfD) sind Seismographen für das gesellschaftliche Klima. Sie nehmen Veränderungen unmittelbar wahr und reagieren zeitnah auf diese. Dabei können sie auf ihren mittlerweile teilweise langjährigen Erfahrungen aufbauen. Bezüglich der aktuellen Entwicklung ist hier insbesondere an die Jahre 2015 und 2016 zu denken, in denen sie vielfältige Anstrengungen zur Unterstützung von Geflüchteten und zur Abwehr rassistischer Ressentiments unternommen haben.

Um einen explorativen Blick auf die aktuelle Situation in den Förderregionen der Partnerschaften zu werfen, wurde vom 12. April bis zum 13. Mai 2022 eine Online-Kurzbefragung der Partnerschaften-Koordinator*innen ins Feld geführt, mit der **212 Partnerschaften für Demokratie** erreicht werden konnten. Die Ergebnisse der Befragung werden im Folgenden dargestellt. An die explorative Phase hat sich eine intensive, derzeit noch laufende vertiefte Erkundung der Situation unter Einsatz qualitativer und quantitativer Methoden angeschlossen. Der umfangreiche Schwerpunktbericht wird Ende des Jahres fertiggestellt.



Laufzeit	12. April 2022 bis 13. Mai 2022
Format	Online-Befragung über q-set
Adressat*innen	Mitarbeiter*innen der Koordinations- und Fachstellen
Rücklauf	n = 212 (Rücklaufquote 63 %) ¹

- In fast allen Förderregionen wird Zuwanderung aus der vom Krieg betroffenen Region wahrgenommen.
- Die bereits als hoch eingeschätzte Relevanz des Themas wird sich – so die Einschätzung der PfD – perspektivisch noch erhöhen.
- Drei Viertel der Partnerschaften planen Aktivitäten mit Bezug zu den Kriegsfolgen oder realisieren diese bereits.
- Demokratie- und vielfaltablehnende Akteur*innen deuten den Krieg und seine Folgen öffentlich vernehmbar im Rahmen ihrer Ideologien.
- Die polarisierte Auseinandersetzung, aber auch die Ungleichbehandlung von Geflüchteten stellen die lokale Demokratiarbeit vor Herausforderungen.



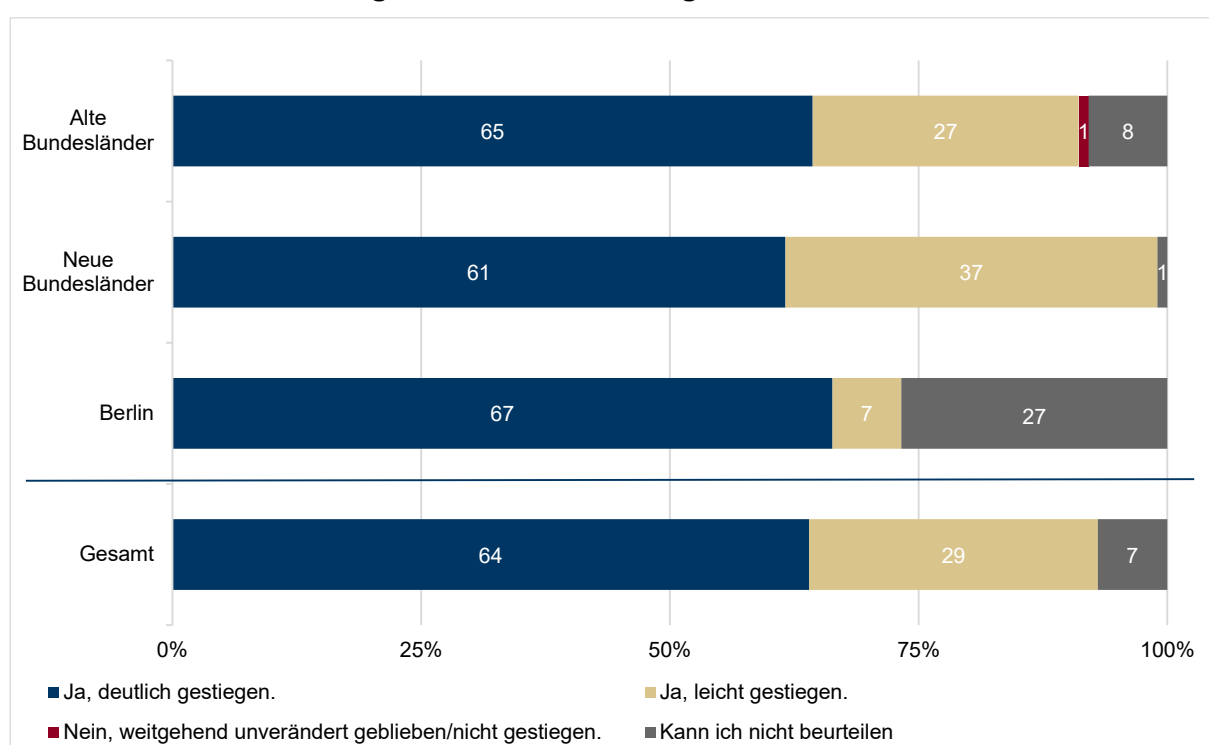
¹ Da keine Vollerhebung realisiert wurde und auch die Ausschöpfung bezogen auf die Bundesländer heterogen ist, sind die dargelegten Ergebnisse der Kurzbefragung nicht repräsentativ für die Gesamtheit der Partnerschaft.

2 Situation in den Förderregionen

Zunächst wurde die Wahrnehmung der Zuwanderung in den jeweiligen Förderregionen eruiert. Hier melden fast zwei Drittel (64 %, 135) der befragten Koordinator*innen einen deutlichen Anstieg der Zuwanderung aus der Ukraine und weiteren vom Krieg betroffenen Ländern und Regionen zurück. Dabei lassen sich nur geringfügige Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland feststellen (Abb. 1). Ein weiteres knappes Drittel (29 %, 61) der teilnehmenden Partnerschaften gibt einen leichten Anstieg der Zuwanderung an. Lediglich eine Partnerschaft (<1 %) sieht keine wahrnehmbare Veränderung.

Fast alle der befragten Partnerschaften registrieren in Folge des Krieges Zuwanderungsbewegungen in ihre Förderregionen.

Abbildung 1: Wahrnehmung der Zuwanderung aus vom Ukraine Krieg betroffenen Ländern und Regionen in die Förderregion der Partnerschaft für Demokratie²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n = 212), davon alte Bundesländer n = 127, neue Bundesländer n = 70, Berlin n = 15.

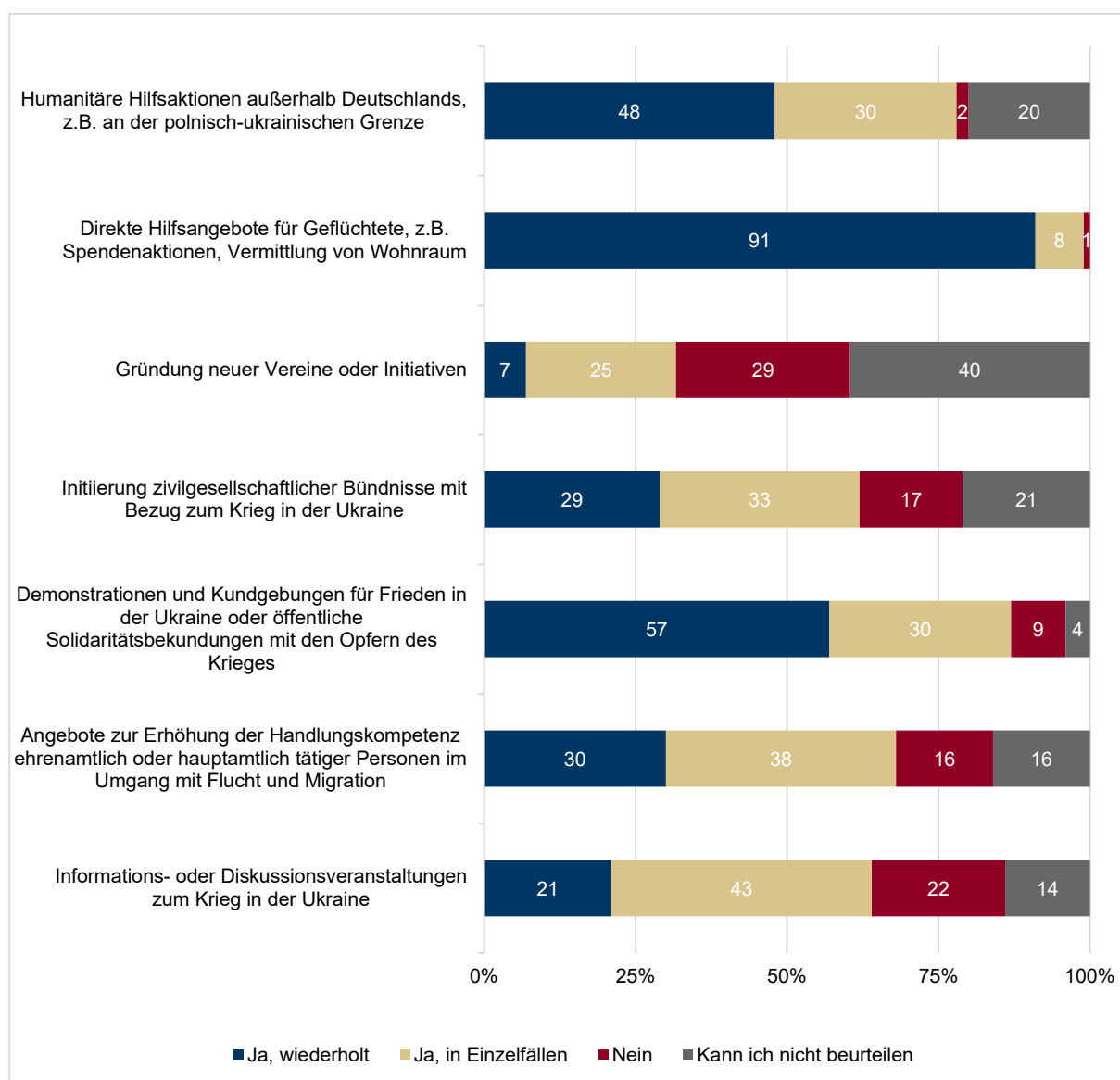
An vielen teilnehmenden Standorten wird von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen bereits mit Hilfsangeboten und Solidaritätsaktionen auf die Situation reagiert (Abb. 2). Besonders direkte Unterstützungsleistungen wie beispielsweise Spendenaktionen und Wohnraumvermittlungen werden oftmals genannt. 91 % (193) der Befragten geben mehrfache entsprechende Aktivitäten an. An 8 % (16) der Standorte wurden diese zumindest in Einzelfällen realisiert. Über drei

² Vgl. Tabelle 1 im Anhang

Viertel der befragten Partnerschaften berichten, dass wiederholt (57 %, 120) oder in Einzelfällen (30 %, 64) durch Demonstrationen bzw. Kundgebungen Solidarität mit den Betroffenen des Krieges ausgedrückt wurde. In einem Drittel der Förderregionen wurden neue Vereine oder Initiativen gegründet (32 %, 67).

Fast alle befragten Partnerschaften beobachten zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, welche auf Hilfe für die Geflüchteten oder eine politische Auseinandersetzung mit dem Krieg abzielen.

Abbildung 2: Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur*innen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie im Rahmen des Ukrainekrieges³



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n = 212).

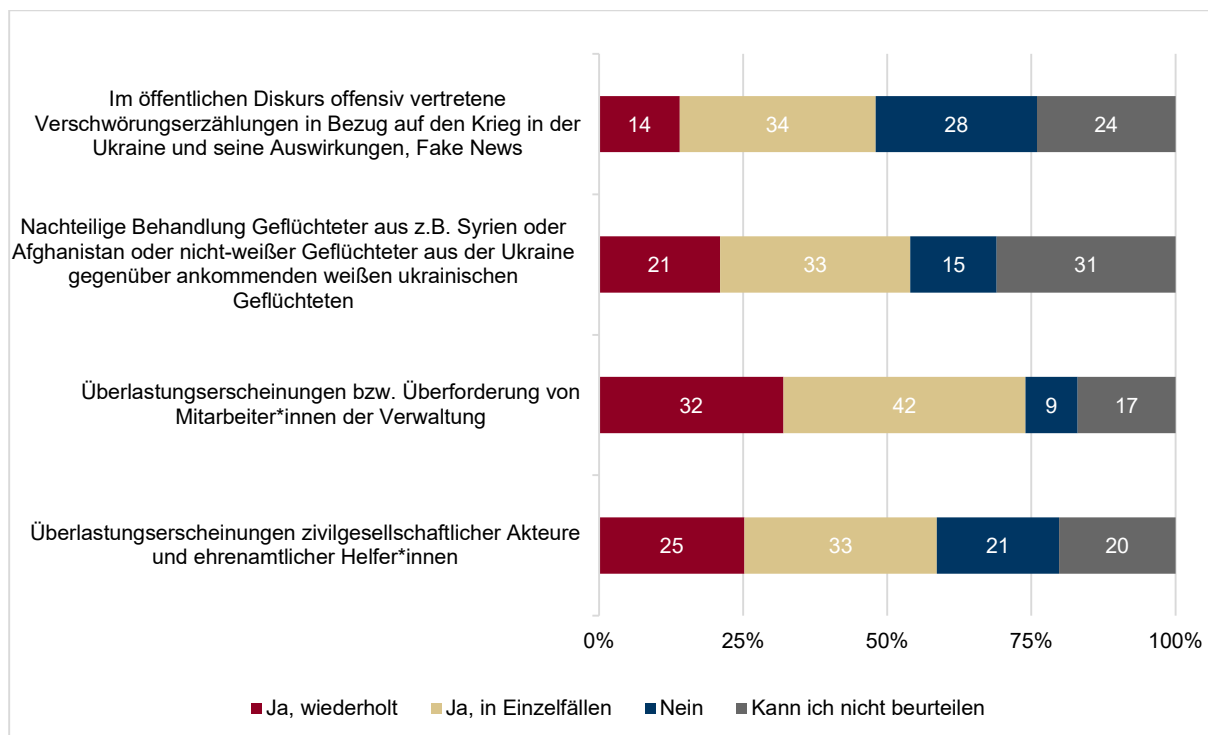
³ Vgl. Tabelle 2 im Anhang

Trotz (oder wegen) dieses Engagements zeigt sich eine deutliche Belastung der Akteur*innen (Abb. 3). Aus der deutlichen Mehrheit der befragten Regionen werden sogar Überlastungsercheinungen bei Mitarbeiter*innen der kommunalen Verwaltungen (wiederholt: 32 %, 67; in Einzelfällen: 42 %; 89) sowie der Zivilgesellschaft (wiederholt: 25 %, 54; in Einzelfällen: 33 %, 71) zurückgemeldet.

Von mehr als der Hälfte der befragten Standorte wird angegeben, dass es im Kontext der Fluchtmigration aus der Ukraine zumindest in Einzelfällen zu institutionellen Ungleichbehandlungen verschiedener Geflüchteten Gruppen gekommen sei (vgl. Abb. 4). So geben 21 % (44) der befragten Koordinator*innen an, dass wiederholt Geflüchtete aus z.B. Syrien oder Afghanistan oder nicht-weiße Geflüchtete aus der Ukraine gegenüber weißen ukrainischen Geflüchteten nachteilig behandelt wurden, 33 % (70) melden dies in Einzelfällen zurück.

Die aktuelle Situation führt zu Überlastungen der Zivilgesellschaft und Verwaltung vor Ort. Von der Hälfte der befragten Standorte werden Ungleichbehandlungen von Geflüchteten entlang ethnischer oder nationaler Kriterien problematisiert.

Abbildung 3: Problemlagen in den Förderregionen I⁴



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n = 212).

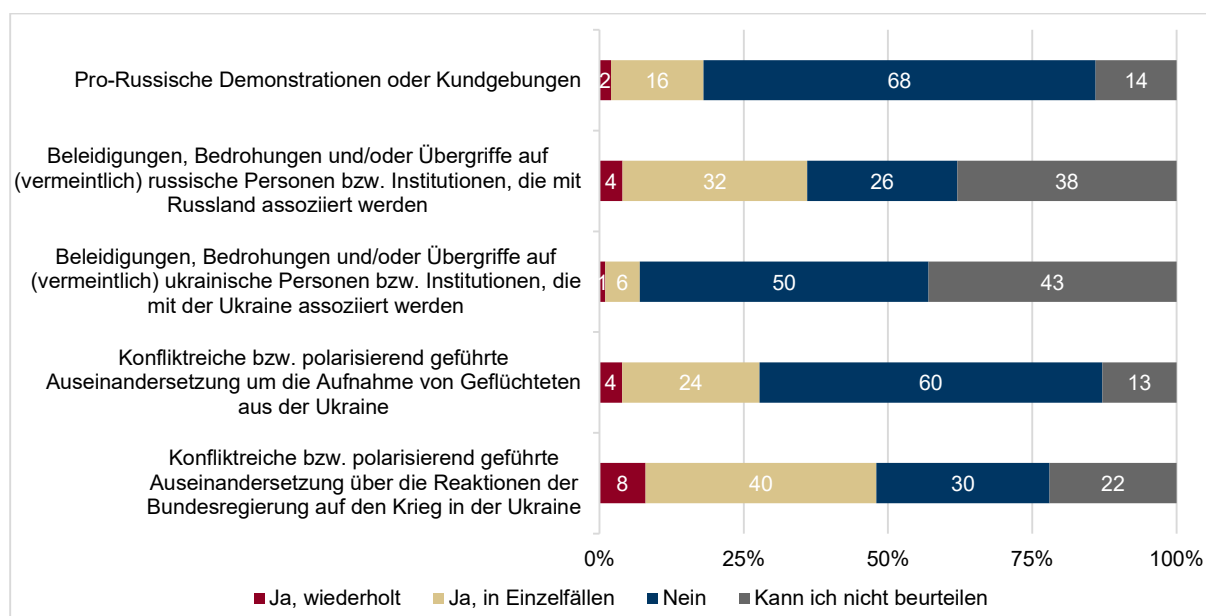
⁴ Vgl. Tabelle 3 im Anhang

Polarisierte Debatten entzünden sich den Umfrageergebnissen zufolge stärker an den Reaktionen der Bundesregierung auf den Krieg als an der Frage, ob Deutschland Geflüchtete aufnehmen sollte. In fast der Hälfte (49 %, 103) der Standorte gibt es in Einzelfällen oder wiederholt polarisierend geführten Auseinandersetzungen in Bezug auf die Reaktionen der Bundesregierung. Demgegenüber gibt es konflikthafte Auseinandersetzungen um die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine lediglich in 24 % (50) der teilnehmenden Standorte in Einzelfällen und in 4 % (8) wiederholt. Ebenfalls in fast der Hälfte der Fälle geben die befragten Koordinator*innen an, dass mit Bezug auf den Ukraine-Krieg Fake News und Verschwörungserzählungen im öffentlichen Diskurs offensiv vertreten werden (in Einzelfällen: 34 %, 73; wiederholt: 14 %, 29). 24 % (51) der befragten Koordinator*innen melden in Einzelfällen Agitationen demokratieferner Akteur*innen zurück, in 9 % (19) auch wiederholt.

Dabei sind pro-russische Demonstrationen und Kundgebungen ein eher wenig verbreitetes Phänomen. Lediglich 16 % (33) der Befragten haben derlei Vorfälle in ihrer Förderregion in Einzelfällen und 2 % (4) wiederholt wahrgenommen. Verbale oder körperliche Attacken scheinen sich eher gegen russisch gelesene Menschen zu richten. In 32 % (68) der teilnehmenden Standorte wurden Beleidigungen, Bedrohungen oder direkte Übergriffe auf vermeintlich russische Personen oder mit Russland assoziierte Institutionen in Einzelfällen angegeben, in 4 % (8) auch wiederholt. Demgegenüber werden entsprechende Fälle, in denen sich verbale oder physische Übergriffe gegen vermeintlich Ukrainer*innen oder mit der Ukraine assoziierte Institutionen richten nur in 7 % (14) der Fälle zurückgemeldet.

Die Hälfte der befragten lokalen Koordinator*innen melden Verschwörungserzählungen mit Kriegsbezug zurück, ein Drittel antirussische Vorfälle und Stimmungen. Feindseligkeiten gegenüber ukrainischen Geflüchteten sind ein weniger starkes Problem.

Abbildung 4: Problemlagen in den Förderregionen II⁵



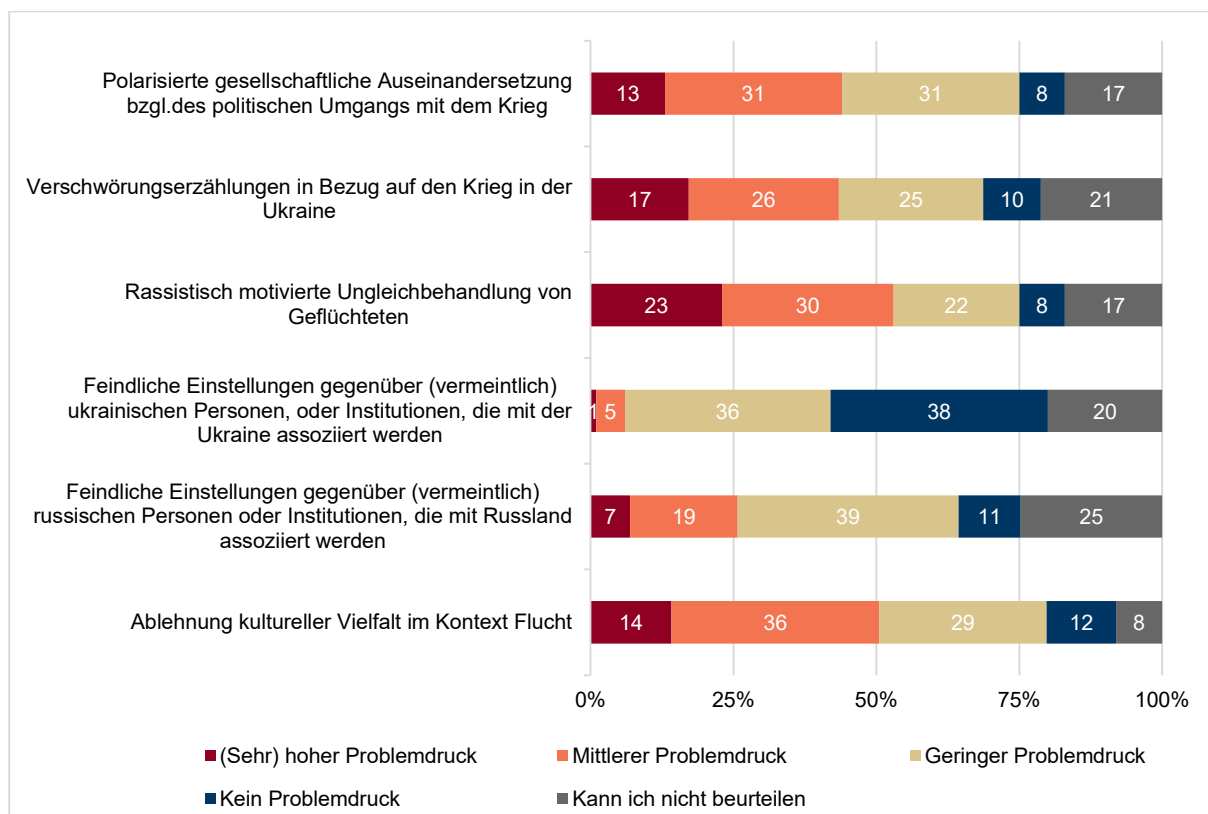
⁵ Vgl. Tabelle 3 im Anhang

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n = 212).

Hinsichtlich der Ungleichbehandlung von Geflüchteten sehen mehr als die Hälfte der befragten Koordinator*innen einen mindestens mittleren Problemdruck (mittlerer Problemdruck: 30 % (63); (sehr) hoher Problemdruck: 23 %, 48) (Abb. 5). Ähnlich stellt sich der Problemdruck im Bereich der Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht in den befragten Förderregionen dar. 50 % (106) der Befragten melden hier einen mittleren bis (sehr) hohen Problemdruck zurück. Auch Verschwörungserzählungen und eine polarisierte Auseinandersetzung mit dem Krieg in der Ukraine stellen die demokratische Gesellschaft vor Herausforderungen: 26 % (56) der Befragten melden mittleren, 17 % (36) (sehr) hohen Problemdruck bezogen auf Verschwörungserzählungen im Zusammenhang mit dem Krieg, in 44 % (93) der Fälle ergibt sich mittlerer bis (sehr) hoher Problemdruck aus der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Während nur 6 % (13) der Befragten mindestens mittleren Problemdruck bzgl. feindlicher Einstellungen gegenüber (vermeintlichen) Ukrainer*innen angeben, sind diese in Bezug auf die (vermeintlich) russische Bevölkerung ungleich größer. Hier wird in 25 % (54) der Fälle mindestens mittlerer Problemdruck zurückgemeldet.

Der Problemdruck hinsichtlich rassistischer Praxen und Ablehnung kultureller Vielfalt wird in den Partnerschaften überwiegend als mittel bis hoch erlebt.

Abbildung 5: Problemdruck in den Förderregionen⁶



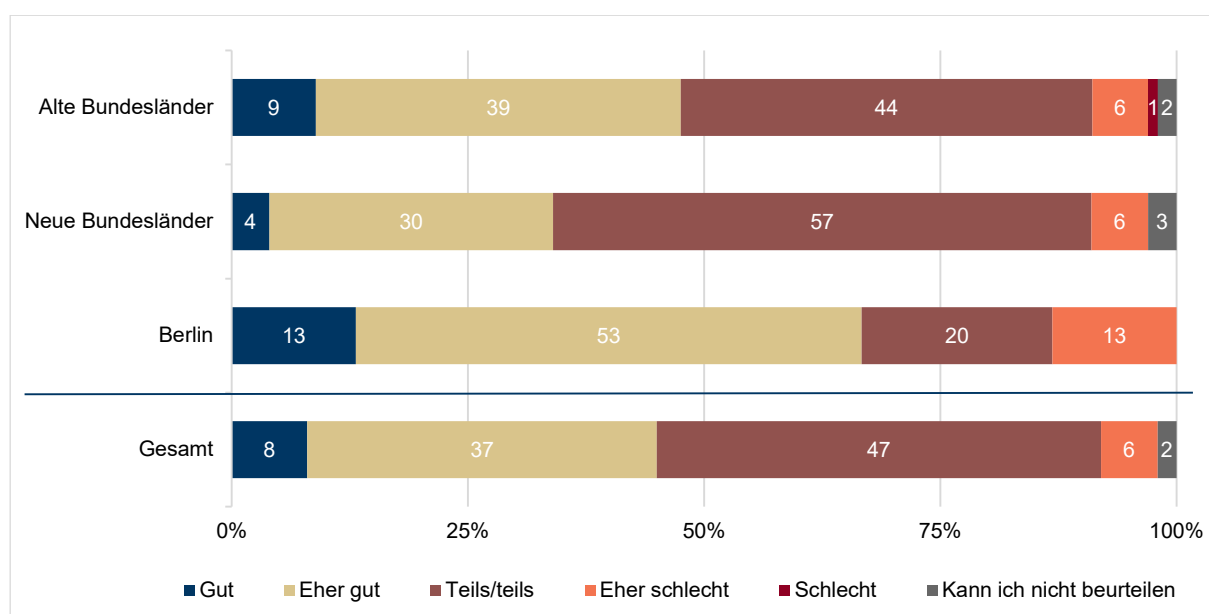
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n = 212).

⁶ Vgl. Tabelle 4 im Anhang

Trotz der Überforderungsanzeigen von Verwaltung und Zivilgesellschaft in einigen Förderregionen beschreiben die befragten Koordinator*innen ihre Förderregionen nur in 7 % (14) der Fälle als (eher) schlecht vorbereitet auf die programmrelevanten Auswirkungen des Ukraine-Krieges (vgl. Abb. 6). 45 % (95) der Koordinator*innen betrachten ihre Förderregion hingegen als gut oder eher gut vorbereitet. Dieser Optimismus ist allerdings insbesondere auf die Angaben aus den alten Bundesländern und Berlin zurückzuführen. Die Rückmeldungen der Koordinator*innen aus den Neuen Bundesländern fallen zurückhaltender aus. Hier geben lediglich 34 % (24) der befragten Koordinator*innen an, ihre Förderregion sei gut oder eher gut auf die Situation vorbereitet, während 57 % (40) die Situation vor Ort ambivalent bewerten.

Die Partnerschaften in Westdeutschland und Berlin fühlen sich besser auf die aktuelle Situation vorbereitet als diejenigen in Ostdeutschland.

Abbildung 6: Einschätzung der Vorbereitung auf programmrelevante Auswirkungen⁷



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n = 212), davon alte Bundesländer n = 127, neue Bundesländer n = 70, Berlin n = 15.

Die Partnerschaften für Demokratie sind im Kontext des Krieges gegen die Ukraine in vielen Förderregionen mit einem starken Zuzug von Geflüchteten konfrontiert. Auf diesen reagiert die lokale Zivilgesellschaft bereits vielfältig mit Hilfeleistungen und Solidaritätsaktionen. Gleichzeitig deuten sich diskursive Bruchlinien an, die von demokratiefernen Akteur*innen forciert werden. Besonders die Verbreitung von Fake News und Verschwörungserzählungen, aber auch Übergriffe und feindliche Einstellungen gegenüber (vermeintlich) russischen Personen sind zu beobachten. Problematisiert wird von einigen Partnerschaften auch die (institutionelle) Ungleichbehandlungen von Geflüchteten entlang ethnischer und nationaler Kriterien.

Zusammenfassung

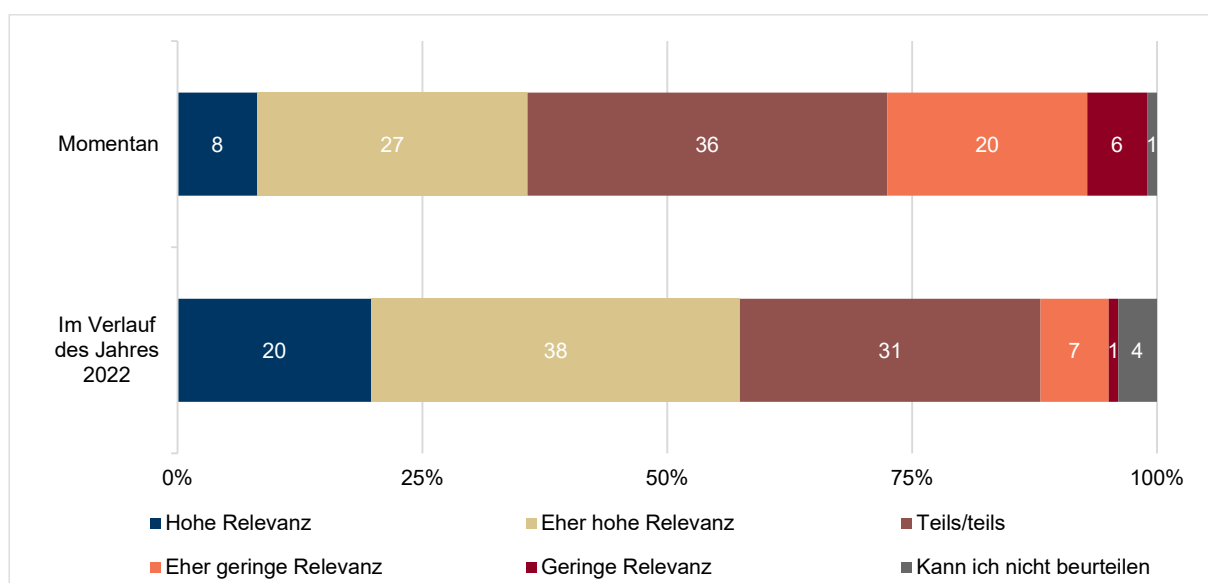
⁷ Vgl. Tabelle 5 im Anhang

3 Maßnahmen und Aktivitäten der Partnerschaften für Demokratie

Mit Blick auf ihre Partnerschaften für Demokratie schreiben die Koordinator*innen dem Krieg in der Ukraine und seinen Auswirkungen zum Zeitpunkt der Befragung eine mittlere, mancherorts hohe Relevanz zu (vgl. Abb. 7). Im weiteren Verlauf des Jahres 2022 wird sich die Relevanz aus Sicht der Befragten voraussichtlich weiter erhöhen: Wird zum Befragungszeitpunkt von 36 % (76) eine eher hohe bzw. hohe Relevanz angegeben, steigt der Wert auf 58 % (123), wenn der Blick auf den weiteren Jahresverlauf gerichtet wird.

Die Partnerschaften erkennen eine perspektivisch zunehmende Relevanz des Krieges und seiner Auswirkungen.

Abbildung 7: Einschätzung der Relevanz für die Arbeit der Pfd⁸



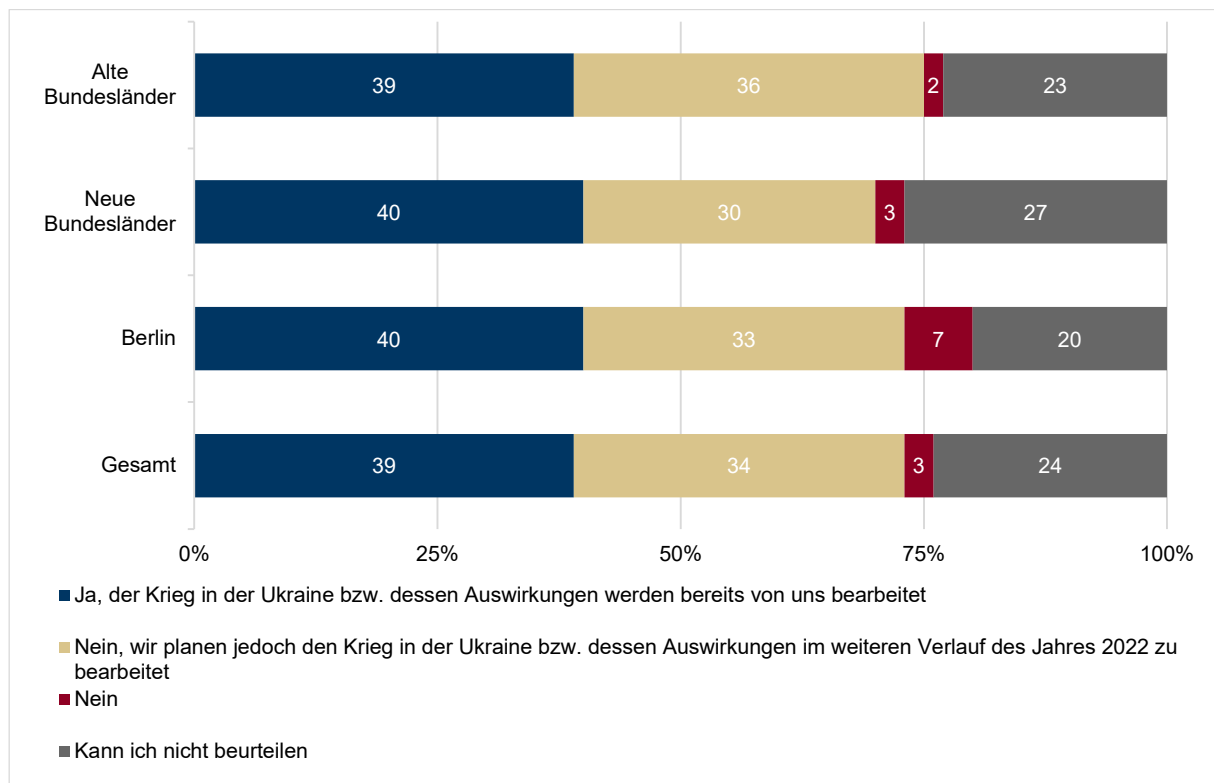
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n = 212).

Über ein Drittel (39 %, 83) der befragten Koordinator*innen gibt an, dass der Krieg in der Ukraine und seine Folgen bereits von der Partnerschaft bearbeitet wird, ein weiteres Drittel (34 %, 72) gibt an, dies im Verlauf des Jahres zu planen. Lediglich 3 % (6) der Befragten planen derzeit keine Bearbeitung des Themas, 24 % (51) geben indes an, dies aktuell (noch) nicht beurteilen zu können (Abb. 8).

Über zwei Drittel der Partnerschaften sind hinsichtlich der Auswirkungen des Krieges bereits aktiv geworden bzw. planen Aktivitäten im weiteren Verlauf des Jahres.

⁸ Vgl. Tabelle 6 und 7 im Anhang

Abbildung 8: (Geplante) Bearbeitung des Kriegs in der Ukraine durch die Partnerschaften⁹



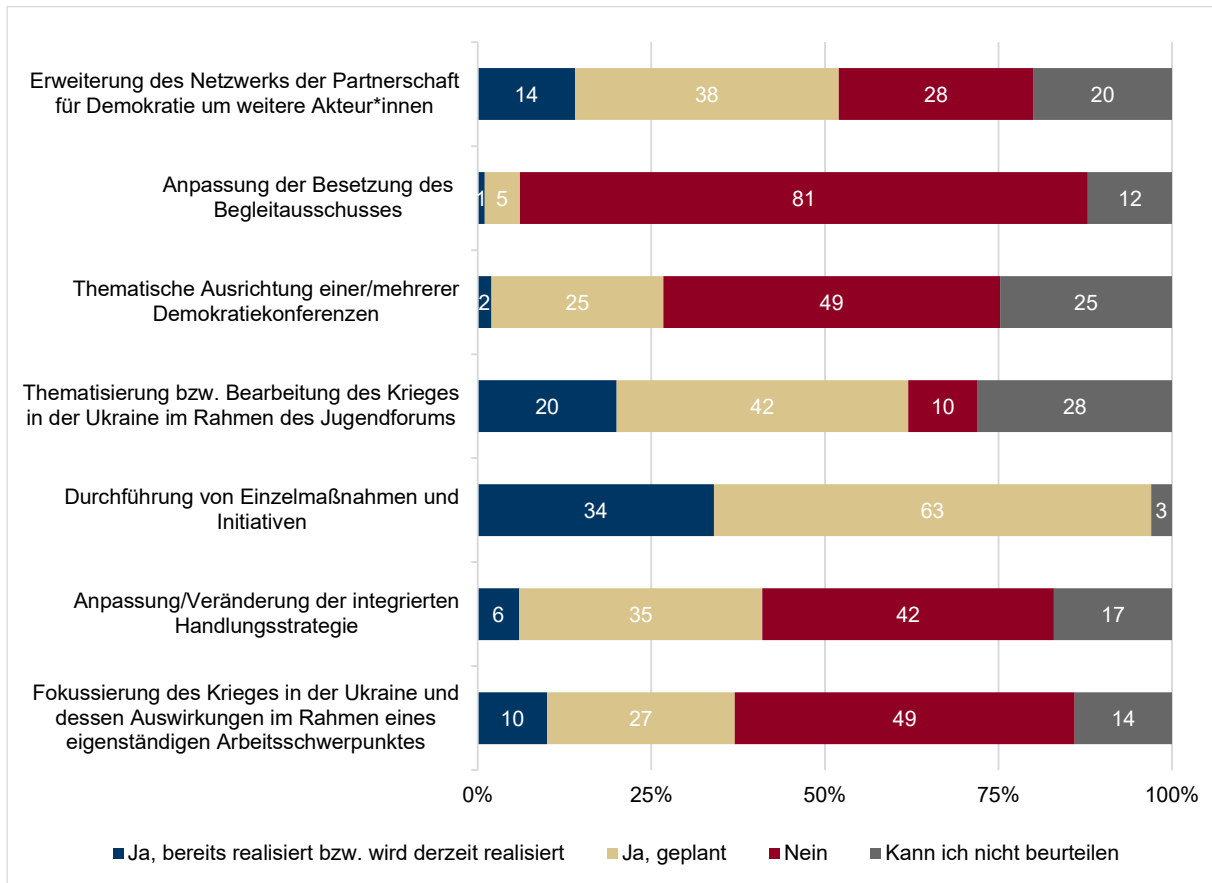
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n = 212), davon alte Bundesländer n = 127, neue Bundesländer n = 70, Berlin n = 15.

Bezüglich der Maßnahmen der Partnerschaften ergibt sich folgendes Bild (vgl. Abb. 9): Von den Partnerschaften, die eine Bearbeitung des Themas bereits realisiert haben bzw. für dieses Jahr planen (n = 155), geben fast alle Befragten an, dies in Form (geplanter) Einzelmaßnahmen zu realisieren (97 %, 150). Häufig geplant bzw. umgesetzt wird eine Auseinandersetzung im Rahmen des Jugendforums (geplant: 42 %, 65; realisiert: 20 %, 31). In über der Hälfte der Partnerschaften sind darüber hinaus (geplante) Erweiterungen des Netzwerkes ein Thema (52 %, 81). Im Zuge der (geplanten) Bearbeitung wird in 6 % (9) der Partnerschaften zum Zeitpunkt der Befragung bereits die integrierte Handlungsstrategie angepasst, 35 % (54) planen, dies zu tun. Ein eigenständiger Arbeitsschwerpunkt zur Fokussierung des Krieges und seiner Folgen wird in 10 % (16) der Fälle umgesetzt und ist in weiteren 27 % (42) geplant. Ein Viertel der Partnerschaften strebt eine Demokratiekonferenz mit einem entsprechenden Schwerpunkt an (25 %, 38), in 2 % (3) hat diese bereits stattgefunden. Die Veränderung der Besetzung des Begleitausschusses wird hingegen lediglich in 6 % (10) umgesetzt oder geplant, 81 % (126) der Befragten planen dies indes nicht.

Die Partnerschaften fokussieren besonders die Umsetzung von Einzelmaßnahmen, strukturelle Anpassungen werden dagegen bislang seltener umgesetzt oder geplant.

⁹ Vgl. Tabelle 8 im Anhang

Abbildung 9: (Geplante) Maßnahmen der Partnerschaften¹⁰



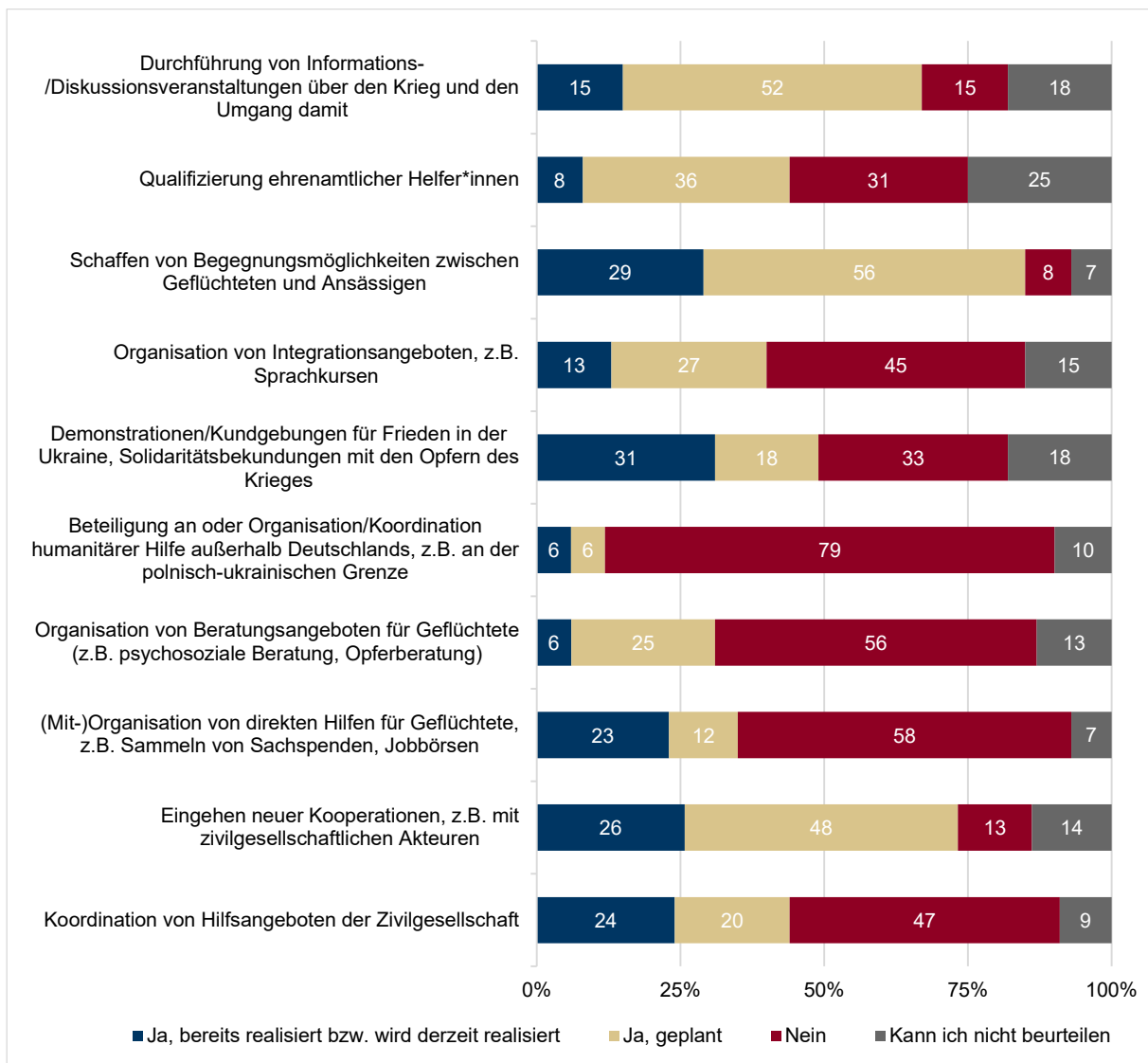
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n = 155).

Wenn in der Befragung die konkreten Aktivitäten der Partnerschaften adressiert werden, ergibt sich ein heterogenes Bild, welches auch aus unterschiedlichen lokalen bzw. kommunalen Voraussetzungen und Akteurs- und Engagementlandschaften vor Ort resultiert (Abb. 10). Am häufigsten werden geplante oder realisierte Maßnahmen genannt, die Geflüchtete und Ansässige in Kontakt bringen sollen (85 %, 132). Über zwei Drittel der Partnerschaften geben jeweils das Eingehen neuer Kooperationen (74 %, 114) und die Durchführung von Informations- bzw. Diskussionsveranstaltungen (66 %, 103) an. Seltener werden beispielsweise ehrenamtliche Helfer*innen mit Qualifizierungsmaßnahmen adressiert (45 %, 69) oder psychosoziale Beratung für Geflüchtete geplant bzw. realisiert (31 %, 48). Nur in einzelnen Förderregionen (12 %, 18) realisieren oder planen die Partnerschaften Maßnahmen zur humanitären Hilfe außerhalb Deutschlands.

Ein deutlicher Fokus der Partnerschaftsaktivitäten liegt auf der Förderung von Kontakten zwischen Geflüchteten und Ansässigen, Vernetzungs- sowie Aufklärungsveranstaltungen.

¹⁰ Vgl. Tabelle 9 im Anhang

Abbildung 10: (Geplante) Aktivitäten der Partnerschaften¹¹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n = 155).

Als Teil der Zivilgesellschaft werden auch die Partnerschaften für Demokratie in Bezug auf den Krieg in der Ukraine und seine Folgen aktiv. Dabei nutzen sie vor allem niedrigschwellige Einzelmaßnahmen. Maßnahmen, die vermehrt fachliches Wissen oder spezifische Organisationsfähigkeit erfordern, werden weniger häufig geplant bzw. realisiert. Im Vergleich zur Zivilgesellschaft vor Ort sind die Partnerschaften zudem weniger eingebunden in die humanitäre Hilfe für Geflüchtete, sondern planen vermehrt Angebote, die die Bevölkerung vernetzen, informieren und zur Begegnung mit Geflüchteten einladen.

Zusammenfassung

¹¹ Vgl. Tabelle 10 im Anhang. Auch diese Frage wurde jenen Teilnehmenden gestellt, die generell eine (geplante) Bearbeitung der Themas Krieg in der Ukraine und seiner Folgen durch die Partnerschaft angeben (n = 155).

4 Fazit

Den Folgen des Krieges gegen die Ukraine wird von den befragten Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie zum Zeitpunkt der Befragung überwiegend eine hohe und perspektivisch noch zunehmende Relevanz in ihren jeweiligen Förderregionen zugesprochen. In fast allen Förderregionen wird eine Zuwanderung aus der vom Krieg betroffene Region wahrgenommen. Sowohl die demokratische Zivilgesellschaft als auch die Partnerschaften für Demokratie sind diesbezüglich bereits aktiv. Drei Viertel der Partnerschaften planen Aktivitäten mit Bezug zu den Kriegsfolgen oder realisieren diese bereits. Hierbei werden vielfältige Maßnahmen geplant, die einerseits Geflüchtete unterstützen, sich aber auch an die aufnehmende Gesellschaft richten. Die Partnerschaften realisieren zum Großteil Einzelmaßnahmen innerhalb bereits etablierter Formate. Hierbei zielen sie vor allem auf Aktivitäten ab, die Ansässige und Zugewanderte in Kontakt bringen und eine vielfältige Willkommenskultur ermöglichen. Auch der Gestaltung eines demokratischen Diskurses über den Umgang mit dem Krieg wird sich vonseiten Partnerschaften angenommen. Trotz überwiegend guter Vorbereitung (in den alten Bundesländern und Berlin besser als in den neuen Bundesländern) zeigen sich dabei allerdings auch Überlastungen der vor Ort Aktiven.

Während die Aufnahme von Geflüchteten weniger umstritten ist als 2015/16, verbreiten demokratiefeindliche und vielfaltablehnende Akteur*innen, die den Krieg und seine Folgen öffentlich vernehmbar im Rahmen ihrer Ideologien deuten, vermehrt Fake News und Verschwörungserzählungen. Von den befragten Koordinator*innen werden aber auch rassistische Einstellungen und Handlungen sowie die (institutionelle) Ungleichbehandlung von Geflüchtetenproblematik problematisiert. Dem Themenfeld wird insgesamt überwiegend ein mittlerer bis hoher Problemdruck attestiert und gerade die polarisierte Auseinandersetzung stellt die lokale Demokratiearbeit vor Herausforderungen.

Diese Entwicklungen in den Partnerschaften für Demokratie werden derzeit im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung durch das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. tiefgehender und mit den aktuellen Ereignissen schritt haltend untersucht. Die Erkenntnisse aus der dazu durchgeführten umfangreichen quantitativen und qualitativen Befragung werden die Grundlage bilden für den Schwerpunktbericht 2022.

5 Tabellen

Tabelle 1: Nehmen Sie im Zuge des Krieges in der Ukraine Veränderungen in der Zuwanderung aus betroffenen Regionen bzw. Ländern (z.B. Ukraine, Russland, Moldau) in die Förderregion Ihrer Partnerschaft für Demokratie wahr?

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja, deutlich gestiegen.	82	65 %	43	61 %	10	67 %	135	64 %
Ja, leicht gestiegen.	34	27 %	26	37 %	1	7 %	61	29 %
Nein, weitgehend unverändert geblieben bzw. nicht gestiegen.	1	<1 %	0	0 %	0	0 %	1	<0 %
Kann ich nicht beurteilen	10	8 %	1	1 %	4	27 %	15	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022: Gesamt n = 212, davon alte Bundesländer n = 127, neue Bundesländer n = 70, Berlin n = 15

Tabelle 2: Im Zuge des Krieges in der Ukraine gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur*innen:

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Informations- oder Diskussionsveranstaltungen zum Krieg in der Ukraine	45	21 %	91	43 %	46	22 %	30	14 %
Angebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz ehrenamtlich oder hauptamtlich tätiger Personen im Umgang mit Flucht und Migration	64	30 %	81	38 %	33	16 %	34	16 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Frieden in der Ukraine oder öffentliche Solidaritätsbekundungen mit den Opfern des Krieges	120	57 %	64	30 %	19	9 %	9	4 %
Initiierung zivilgesellschaftlicher Bündnisse mit Bezug zum Krieg in der Ukraine	61	29 %	71	33 %	36	17 %	44	21 %
Gründung neuer Vereine oder Initiativen	14	7 %	53	25 %	61	29 %	84	40 %
Direkte Hilfsangebote für Geflüchtete, z.B. Spendenaktionen, Vermittlung von Wohnraum	193	91 %	16	8 %	2	1 %	1	<1 %

Humanitäre Hilfsaktionen außerhalb Deutschlands, z.B. an der polnisch-ukrainischen Grenze	102	48 %	63	30 %	5	2 %	42	20 %
---	-----	------	----	------	---	-----	----	------

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n = 212)

Tabelle 3: Welche der nachfolgenden Auswirkungen des Krieges in der Ukraine nehmen Sie derzeit in Ihrer Förderregion wahr?

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Konfliktreiche bzw. polarisierend geführte Auseinandersetzung über die Reaktionen der Bundesregierung auf den Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen	18	8 %	85	40 %	63	30 %	46	22 %
Konfliktreiche bzw. polarisierend geführte Auseinandersetzung um die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine	8	4 %	50	24 %	127	60 %	27	13 %
Überlastungserscheinungen zivilgesellschaftlicher Akteure und ehrenamtlicher Helfer*innen	54	25 %	71	33 %	45	21 %	42	20 %
Überlastungserscheinungen bzw. Überforderung von Mitarbeiter*innen der Verwaltung	67	32 %	89	42 %	19	9 %	37	17 %
Nachteilige Behandlung Geflüchteter aus z.B. Syrien oder Afghanistan oder nicht-weißer Geflüchteter aus der Ukraine gegenüber ankommenden weißen ukrainischen Geflüchteten (z.B. Rassistische Abwertung, Umwidmung von Unterkünften)	44	21 %	70	33 %	32	15 %	66	31 %
Beleidigungen, Bedrohungen und/oder Übergriffe auf (vermeintlich) ukrainische Personen oder Personen mit ukrainischer Migrationsgeschichte bzw. Institutionen, die mit der Ukraine assoziiert werden	1	<1 %	13	6 %	106	50 %	92	43 %
Beleidigungen, Bedrohungen und/oder Übergriffe auf (vermeintlich) russische Personen, Personen mit russischer Migrationsgeschichte bzw. Institutionen, die mit Russland assoziiert werden	8	4 %	68	32 %	55	26 %	81	38 %
Im öffentlichen Diskurs offensiv vertretene Verschwörungserzählungen in Bezug auf den Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen, Fake News	29	14 %	73	34 %	59	28 %	51	24 %
Agitation demokratiefernere Akteur*innen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine	19	9 %	51	24 %	75	35 %	67	32 %
Pro-Russische Demonstrationen oder Kundgebungen	4	2 %	33	16 %	145	68 %	30	14 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n = 212)

Tabelle 4: Wie beurteilen Sie die Situation in Ihrer Förderregion bzgl. des Problemdrucks in den nachfolgenden Bereichen zum jetzigen Zeitpunkt?

	Kein Problemdruck		Geringer Problemdruck		Mittlerer Problemdruck		(Sehr) hoher Problemdruck		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht	26	12 %	62	29 %	76	36 %	30	14 %	18	8 %
Feindliche Einstellungen gegenüber (vermeintlich) russischen Personen, Bürger*innen mit russischer Migrationsgeschichte oder Institutionen, die mit Russland assoziiert werden	24	11 %	82	39 %	40	19 %	14	7 %	52	25 %
Feindliche Einstellungen gegenüber (vermeintlich) ukrainischen Personen, Bürger*innen mit ukrainischer Migrationsgeschichte oder Institutionen, die mit der Ukraine assoziiert werden	81	38 %	76	36 %	11	5 %	2	<1 %	42	20 %
Rassistisch motivierte Ungleichbehandlung von Geflüchteten	18	8 %	46	22 %	63	30 %	48	23 %	37	17 %
Verschwörungserzählungen in Bezug auf den Krieg in der Ukraine	22	10 %	54	25 %	56	26 %	36	17 %	44	21 %
Polarisierte gesellschaftliche Auseinandersetzung bzgl. des politischen Umgangs mit dem Krieg	18	8 %	65	31 %	66	31 %	27	13 %	36	17 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n = 212)

Tabelle 5: Wie ist die Förderregion Ihrer Partnerschaft für Demokratie zum derzeitigen Zeitpunkt auf die programmrelevanten Auswirkungen des Krieges in der Ukraine (z. B. Fluchtbewegungen, Gestaltung von Vielfalt und Förderung einer Willkommenskultur, Diskriminierung, Rassismus) vorbereitet?

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Gut	11	9 %	3	4 %	2	13 %	16	8 %
Eher gut	50	39 %	21	30 %	8	53 %	79	37 %
Teils/teils	56	44 %	40	57 %	3	20 %	99	47 %

Eher schlecht	7	6 %	4	6 %	2	13 %	13	6 %
Schlecht	1	<1 %	0	0 %	0	0 %	1	<1 %
Kann ich nicht beurteilen	2	2 %	2	3 %	0	0 %	4	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022: Gesamt n = 212, davon alte Bundesländer n = 127, neue Bundesländer n = 70, Berlin n = 15

Tabelle 6: Bitte schätzen Sie die Relevanz des Krieges in der Ukraine und seine Auswirkungen für die Arbeit Ihrer Partnerschaft für Demokratie zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein.

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Hohe Relevanz	10	8 %	8	11 %	0	0 %	18	8 %
Eher hohe Relevanz	32	25 %	19	27 %	7	47 %	58	27 %
Teils/teils	53	42 %	22	31 %	2	13 %	77	36 %
Eher geringe Relevanz	22	17 %	15	21 %	6	40 %	43	20 %
Geringe Relevanz	7	6 %	6	9 %	0	0 %	13	6 %
Kann ich nicht beurteilen	3	2 %	0	0 %	0	0 %	3	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022: Gesamt n = 212, davon alte Bundesländer n = 127, neue Bundesländer n = 70, Berlin n = 15

Tabelle 7: Bitte schätzen Sie die Relevanz des Krieges in der Ukraine und seine Auswirkungen für die Arbeit Ihrer Partnerschaft für Demokratie im weiteren Verlauf des Jahres 2022 ein.

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Hohe Relevanz	26	20 %	13	19 %	3	20 %	42	20 %
Eher hohe Relevanz	51	40 %	24	34 %	6	40 %	81	38 %

Teils/teils	35	28 %	25	36 %	5	33 %	65	31 %
Eher geringe Relevanz	10	8 %	3	4 %	1	7 %	14	7 %
Geringe Relevanz	0	0 %	2	3 %	0	0 %	2	<1 %
Kann ich nicht beurteilen	5	4 %	3	4 %	0	0 %	8	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022: Gesamt n = 212, davon alte Bundesländer n = 127, neue Bundesländer n = 70, Berlin n = 15

Tabelle 8: Bearbeitet ihr Partnerschaft für Demokratie den Krieg in der Ukraine bzw. dessen Auswirkungen derzeit bzw. plant diesen noch im Jahr 2022 zu bearbeiten?

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Ja, der Krieg in der Ukraine bzw. dessen Auswirkungen werden bereits von uns bearbeitet	49	39 %	28	40 %	6	40 %	83	39 %
Nein, wir planen jedoch den Krieg in der Ukraine bzw. dessen Auswirkungen im weiteren Verlauf des Jahres 2022 zu bearbeiten	46	36 %	21	30 %	5	33 %	72	34 %
Nein	3	2 %	2	3 %	1	7 %	6	3 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	29	23 %	19	27 %	3	20 %	51	24 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022: Gesamt n = 212, davon alte Bundesländer n = 127, neue Bundesländer n = 70, Berlin n = 15

Tabelle 9: Bitte geben Sie an, inwiefern Ihre Partnerschaft für Demokratie aus den Krieg in der Ukraine bzw. dessen Auswirkungen (z. B. Fluchtbewegungen, Bemühung um Unterstützung, Konflikte) reagiert bzw. plant, im Jahr 2022 zu reagieren.

		Absolut	In Prozent
Fokussierung des Krieges in der Ukraine und dessen Auswirkungen im Rahmen eines eigenständigen Arbeitsschwerpunktes	Ja, bereits realisiert bzw. wird derzeit realisiert	16	10 %
	Ja, geplant	42	27 %
	Nein	76	49 %
	Kann ich nicht beurteilen	21	14 %
Anpassung/Veränderung der integrierten Handlungsstrategie	Ja, bereits realisiert bzw. wird derzeit realisiert	9	6 %
	Ja, geplant	54	35 %
	Nein	65	42 %

	Kann ich nicht beurteilen	27	17 %
Durchführung von Einzelmaßnahmen und Initiativen	Ja, bereits realisiert bzw. wird derzeit realisiert	52	34 %
	Ja, geplant	98	63 %
	Nein	0	0 %
	Kann ich nicht beurteilen	5	3 %
Thematisierung bzw. Bearbeitung des Krieges in der Ukraine im Rahmen des Jugendforums	Ja, bereits realisiert bzw. wird derzeit realisiert	31	20 %
	Ja, geplant	65	42 %
	Nein	16	10 %
	Kann ich nicht beurteilen	43	28 %
Thematische Ausrichtung einer/mehrerer Demokratiekonferenzen	Ja, bereits realisiert bzw. wird derzeit realisiert	3	2 %
	Ja, geplant	38	25 %
	Nein	76	49 %
	Kann ich nicht beurteilen	38	25 %
Anpassung der Besetzung des Begleitausschusses	Ja, bereits realisiert bzw. wird derzeit realisiert	2	1 %
	Ja, geplant	8	5 %
	Nein	126	81 %
	Kann ich nicht beurteilen	19	12 %
Erweiterung des Netzwerks der Partnerschaft für Demokratie um weitere Akteur*innen	Ja, bereits realisiert bzw. wird derzeit realisiert	22	14 %
	Ja, geplant	59	38 %
	Nein	43	28 %
	Kann ich nicht beurteilen	31	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n = 155)

Tabelle 10: Bitte geben Sie an, welche der nachfolgenden Aufgaben und Aktivitäten Ihre Partnerschaft für Demokratie im Kontext des Krieges in der Ukraine und seiner Auswirkungen (z. B. Fluchtbewegungen, Bemühung um Unterstützung, Konflikte) wahrnimmt oder plant, im Jahr 2022 wahrzunehmen.

		Absolut	In Prozent
Koordination von Hilfsangeboten der Zivilgesellschaft	Ja, bereits realisiert bzw. wird derzeit realisiert	37	24 %
	Ja, geplant	31	20 %
	Nein	73	47 %
	Kann ich nicht beurteilen	14	9 %
Eingehen neuer Kooperationen, z.B. mit zivilgesellschaftlichen Akteuren	Ja, bereits realisiert bzw. wird derzeit realisiert	40	26 %
	Ja, geplant	74	48 %
	Nein	20	13 %

	Kann ich nicht beurteilen	21	14 %
(Mit-)Organisation von direkten Hilfen für Geflüchtete, z.B. Sammeln von Sachspenden, Vermittlung privat bereitgestellter Unterkünfte, Jobbörsen	Ja, bereits realisiert bzw. wird derzeit realisiert	36	23 %
	Ja, geplant	18	12 %
	Nein	90	58 %
	Kann ich nicht beurteilen	11	7 %
Organisation von Beratungsangeboten für Geflüchtete (z.B. psychosoziale Beratung, Opferberatung)	Ja, bereits realisiert bzw. wird derzeit realisiert	10	6 %
	Ja, geplant	38	25 %
	Nein	87	56 %
	Kann ich nicht beurteilen	20	13 %
Beteiligung an oder Organisation/Koordination humanitärer Hilfe außerhalb Deutschlands, z.B. an der polnisch-ukrainischen Grenze	Ja, bereits realisiert bzw. wird derzeit realisiert	9	6 %
	Ja, geplant	9	6 %
	Nein	122	79 %
	Kann ich nicht beurteilen	15	10 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Frieden in der Ukraine oder öffentliche Solidaritätsbekundungen mit den Opfern des Krieges	Ja, bereits realisiert bzw. wird derzeit realisiert	48	31 %
	Ja, geplant	28	18 %
	Nein	51	33 %
	Kann ich nicht beurteilen	28	18 %
Organisation von Integrationsangeboten, z.B. Sprachkursen	Ja, bereits realisiert bzw. wird derzeit realisiert	20	13 %
	Ja, geplant	42	27 %
	Nein	69	45 %
	Kann ich nicht beurteilen	24	15 %
Schaffen von Begegnungsmöglichkeiten zwischen Geflüchteten und Ansässigen	Ja, bereits realisiert bzw. wird derzeit realisiert	45	29 %
	Ja, geplant	87	56 %
	Nein	12	8 %
	Kann ich nicht beurteilen	11	7 %
Qualifizierung ehrenamtlicher Helfer*innen	Ja, bereits realisiert bzw. wird derzeit realisiert	13	8 %
	Ja, geplant	56	36 %
	Nein	48	31 %
	Kann ich nicht beurteilen	38	25 %
Durchführung von Informations- oder Diskussionsveranstaltungen über den Krieg und den Umgang damit	Ja, bereits realisiert bzw. wird derzeit realisiert	23	15 %
	Ja, geplant	80	52 %
	Nein	24	15 %
	Kann ich nicht beurteilen	28	18 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n = 155)

6 Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Wahrnehmung der Zuwanderung aus vom Ukraine Krieg betroffenen Ländern und Regionen in die Förderregion der Partnerschaft für Demokratie
- Abbildung 2: Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur*innen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie im Rahmen des Ukrainekrieges
- Abbildung 3 und 4: Problemlagen in den Förderregionen
- Abbildung 5: Problemdruck in den Förderregionen
- Abbildung 6: Einschätzung der Vorbereitung auf programmrelevante Auswirkungen
- Abbildung 7: Einschätzung der Relevanz für die Arbeit der Pfd
- Abbildung 8: (Geplante) Bearbeitung des Kriegs in der Ukraine durch die Partnerschaften
- Abbildung 9: (Geplante) Maßnahmen der Partnerschaften
- Abbildung 10: (Geplante) Aktivitäten der Partnerschaften

Kurzprofil

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS-Frankfurt a. M.) wurde im Jahr 1974 vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt e.V. (AWO) gegründet und ist seit 1991 als rechtlich selbständiger gemeinnütziger Verein organisiert. Der Hauptsitz liegt in Frankfurt am Main. In Berlin unterhält das ISS ein Projektbüro.

Das ISS-Frankfurt a. M. beobachtet, analysiert, begleitet und gestaltet Entwicklungsprozesse der Sozialen Arbeit und erbringt wissenschaftliche Dienstleistungen für öffentliche Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände und private Träger. Das Institut erhält durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Projektförderung.

- Das Leistungsprofil des ISS-Frankfurt a. M. steht als wissenschaftsbasiertes Fachinstitut für Praxisberatung, Praxisbegleitung und Praxisentwicklung an der Schnittstelle von Praxis, Politik und Wissenschaft der Sozialen Arbeit und gewährleistet damit einen optimalen Transfer.
- Zum Aufgabenspektrum gehören wissenschaftsbasierte Dienstleistungen und Beratung auf den Ebenen von Kommunen, Ländern, Bund und der Europäischen Union sowie der Transfer von Wissen in die Praxis der Sozialen Arbeit und in die Fachöffentlichkeit.
- Die Arbeitsstruktur ist geprägt von praxiserfahrenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, häufig mit Doppelqualifikationen, die ein breites Spektrum von Themenfeldern in interdisziplinären Teams bearbeiten. Dadurch ist das Institut in der Lage, flexibel auf Veränderungen in Gesellschaft und Sozialer Arbeit sowie die daraus abgeleiteten Handlungsanforderungen für Dienstleister, Verwaltung und Politik einzugehen.
- Auf unserer Website www.iss-ffm.de finden Sie weitere Informationen zum ISS-Frankfurt a. M. und zu dessen Kooperationen sowie Arbeitsberichte, Gutachten und Expertisen zum Download oder Bestellen.





Institut für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0) 69 / 95789-0
Telefax +49 (0) 69 / 95789-190
E-Mail info@iss-ffm.de
Internet www.iss-ffm.de

